

Glasnost und Perestroika in der Währungspolitik

Anmerkungen und Anfragen zur Währungsverfassung und zu den Wirkungen der
Politik der Deutschen Bundesbank

Oktober 1989

Tristan Abromeit

Anhang IV

(übertragen im April 2004)

SG

Kommentare zum Wirtschafts- und sozialpolitischen Zeitgeschehen

Nr. 9 / März 1977

Inhalt

Prof. Dr. F. G. Binn: Arbeitsplätze durch Steuerehrlichkeit des Staates

Wilhelm Radecke: „Presseschau“ eines Alt-Bankiers

Tristan Abromeit: Neuordnung des Bankwesens

Das „Wunder von Wörgl“

Werner Onken: Hat der Sowjetkommunismus noch eine Zukunft ?

Veröffentlichungen des Chr. Gauke Verlages: Über Walker / von Dr. Hans Doerner und
Dr. Bernhard Hamelbeck

(Abschrift ohne Sperrungen im April 2004 T.A. / Der Beitrag von Onken wurde hier nicht übernommen.)

e v o l u t i o n

Nr. 15 / 7. Jahrgang Dezember 1977

Mitteilungen aus Politik und Wirtschaft

Gibt es einen liberalen Sozialismus?

„Der vernünftige Mensch paßt sich der Welt an, der unvernünftige versucht, die Welt sich ihm anzupassen. Daher hängt aller Fortschritt von den Unvernünftigen ab“

J.B. Shaw

Arbeitsplätze durch Steuerehrlichkeit des Staates

Von Prof. Dr. F. G. Binn

Angesichts der neuerlichen Arbeitslosenzahl von über 1 Million erhebt sich wieder die Frage nach Ihrer Beseitigung. Nach all den Fensterreden unserer verschiedenen Fachleute wollen wir uns an den Medizinern mit der Diagnose und an den Kriminalisten mit der Kausalität Orientieren. Eventuell ergibt sich daraus schon für den gesunden Menschenverstand die Therapie.

Unser Ziel besteht in der Senkung der Arbeitslosenzahl. Eine Million Arbeitslose sind eine Million zu viel. In der Terminologie der Systemkritiker werden sie „Lohnabhängige“ oder in der Statistik „unselbstständig Beschäftigte“ genannt, womit wir bei der Tatsache angelangt sind, daß der Adressat unserer geschilderten Bestrebungen der private Unternehmer sein muß. Bedenkt man, daß nach Marx der Unternehmer vom einbehaltenen Mehrwert aus der Arbeit seiner Arbeiter den Profit bezieht, dann ist das momentane Unternehmerverhalten ohnehin atypisch. Angesichts der Profitchancen bei 1 Mio Arbeitslosen dürfte doch kein Unternehmer mehr ruhig schlafen können! Statt dessen steigt die Konkursquote immer weiter! Die Arbeitslosigkeit wird zum Politikum in vielerlei Hinsicht:

1. ist sie keine Empfehlung für unser Gesellschaftssystem,
2. belastet sie den Steuertopf, ohne ihn zu füllen. Das Fiasko droht!
3. sind Konsumenten, die nur kaufen wollen, aber immer weniger kaufen können, für den Unternehmer ein Graus, und
4. die nicht weniger, die das, was sie kaufen könnten, jetzt auch noch aus Verunsicherung sparen oder horten.

Die Punkte 3) und 4) bedeuten Nachfrage-Ausfall 2), 3) und 4) Steuerausfall und 2) bedeutet zusätzlich eine Belastung des Sozialtats.

Nach der Zielanalyse und der Bestimmung des Adressaten können wir uns der Erforschung der Gründe für das atypische Unternehmerverhalten zuwenden. Unternehmer sind bzw. arbeiten gewinnorientiert. Sie denken nicht anders, als alle Wirtschaftssubjekte. Jeder Leser möge sich fragen, ob er selbst karitativ eingestellt ist! So besteht also kein Grund, vom Unternehmer ein solches Verhalten unter dem Schlagwort „sozial“ zu verlangen! Wenn er von Natur gewillt ist, Arbeitsmöglichkeiten für Unselbstständige zu vergeben, es dennoch nicht tut und sich die heftigste Kritik der Systemgegner zuzieht, muß doch eine tiefere Ursache als Böswilligkeit vorliegen. Ein Wirtschaftssystem, das über konjunkturelle Wechselbäder und damit wechselnde Zinskosten, Absatzchancen, ständig steigende Lohnforderungen und Sozialleistungen und in einem unfreundlichen gesellschaftlichen Klima den Unternehmer verunsichert, ihm fast die Daseinsberechtigung abspricht - seinen Stellvertreter, den Staatsfunktionär schon parat hat -, das den Gewinn verteufelt und vom Unternehmerlohn für volkswirtschaftlich wichtige Aufgaben nichts wissen will, darf sich doch über Anpassungsreaktionen nicht wundern. Soll sich denn plötzlich die Geisteshaltung der Mönche auf die Unternehmerschaft herabsenken?

Die Zeiten, in denen Inflation die Voraussetzung für Vollbeschäftigung war (Keynes), sind vorbei, seitdem es den Begriff der STAGFLATION gibt. In der Krise stagnieren bedeutet in der offiziellen Sprache „Arbeitslosensockel“. In kühnen Feststellungen wird er bei 2-3% angenommen! Ein ähnliches Sprach- und Inhaltsmonstrum ist dann die „relative Preisstabilität“ von ca. 3% Inflation. STAGFLATION bleibt es trotzdem! Die konstatierte Unternehmerreaktion ist auch nicht wegzuf formulieren, solange die Gewinnaussichten Null bis mager sind. Sofern aber Inflation und Währungspuscherei besonders der letzten Jahre Ursache für die ökonomische Misere sind, muß hier nach den Verursachern gesucht werden. Inflation wird von lat. inflare, aufblähen, abgeleitet. Gemeint ist die Geldmenge.

Solange über diese die autonome Bundesbank bestimmt,*) die ihrerseits wieder per Bundesbankgesetz verpflichtet ist, die Wirtschaftspolitik der Regierung zu unterstützen, sitzt hier die Katze. Hängen wir ihr die Schelle um! Wenn der Staat es nicht duldet, gibt es keine Inflation.

Wir alle sind von ihr betroffen, aber merkwürdigerweise der Staat als Verursacher ebenfalls. Insofern Ist es nicht mehr als recht und billig, von ihm die Initialzündung zur Beseitigung der Kausalkette zu fordern, die mit Inflationsschaukelei beginnt und mit Arbeitslosigkeit (vorläufig) endet. Adressat ist der Unternehmer, sein empfindlichster Nerv die Gewinnsituation. Er ist eng verbunden mit dem Kostengefüge. So mag hier eine Hand die andere waschen und arbeitsplatzschaffende Investitionsausgaben sollten steuerfrei in Höhe der Inflationsrate gestellt werden.

Die Inflationsrate im Gewinn führt zum Scheingewinn und Substanzverlust, die Besteuerung von Scheingewinnen zur Enteignung. Die hier vorgeschlagene wirtschaftspolitische Initialzündung würde als ein Anflug von Redlichkeit in der staatlichen Wirtschaftspolitik jedem verantwortlichen Wirtschaftspolitiker gut zu Gesicht stehen. Kurioserweise wäre es nur bei oberflächlicher Betrachtung für den Staat ein Verlustgeschäft, auf einen Teil der Steuereinnahmen zu verzichten. Jeder zusätzliche Arbeitsplatz würde Transferzahlungen an Arbeitslose ersparen. Er würde die volkswirtschaftliche Produktivität erhöhen, die Steuerkraft von Selbstständigen und Unselbstständigen stärken und so wahrscheinlich den anfänglichen Steuer ausfall überkompensieren.

Der immaterielle Ertrag für unser Gesellschaftssystem kann weder berechnet, noch hoch genug eingeschätzt werden. Ein „Recht auf Arbeit“ zu konstruieren und dann über gewerkschaftliche Kampfmittel durchzusetzen suchen, heißt, die Rechnung ohne, besser gegen den Wirt zu machen.

Anmerkungen

* „Wie schwierig das im einzelnen Immer sein mag, wichtig ist, daß die Bundesbank ... nicht bereit ist, eine wieder aufflackernde Inflation zu finanzieren“, - wie sie es bisher getan hat, müßte korrekterweise hinzugefügt werden. Aber: Gut Ding, was sich bessert. (Zitat aus „Aktuelle Fragen der Geld und Währungspolitik“, Vortrag von Dr. L. Gleske, Mitglied des Direktoriums der Dt. Bundesbank, vor den Beiräten der Dresdner Bank am 3.12.76 in Bremen, unveröff. Manuskript, S. 18)

Ein Wort zur Terminologie: „Finanzieren einer Inflation“ heißt, die überschüssige Geldmenge zur Verfügung stellen! Ein Wort zur Logik: Ohne Schnee keine Lawine, ohne Geldvermehrung keine Inflation. Eine „wieder aufflackernde Inflation finanzieren“ unterstellt, sie entstehe quasi von selbst, aber auf jeden Fall ohne Zutun der Geldpresse. - Haltet den Dieb!

„Presseschau“ eines Alt-Bankiers

Von Wilhelm Radecke

W. Radecke, Mitglied der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft, ist heute im Alter von 78 Jahren noch im Flick-Konzern tätig, weil er nach dem letzten Krieg in den Bann der damaligen Bank Deutscher Länder kam. Wie von zwei Bankiersfreunden vertraulich mitgeteilt wurde, sei es nicht erwünscht, daß er in eine leitende Stellung in der Bankwelt zurückkehre. Zwar wurde ihm „nach seiner Wahl“ die Stellung eines Vorstandsmitgliedes einer Aktienbank oder die eines Juniorpartners in einem ersten Privatbankhaus angeboten, jedoch unter der Auflage, sich aller Äußerungen über die Geldverfassung zu enthalten.

Radecke lehnte ab und fand keine seinem eigentlichen Beruf entsprechende Position mehr in der „Geldindustrie“. Zwischen den Weltkriegen war Radecke Prokurist des Bankhauses Bleichröder, Berlin, der Hausbank Bismarcks, und danach Direktor der Reichskreditgesellschaft in Berlin. Der junge Radecke wurde von seinem Chef Bleichröder „vergattert“, kein Wort über die Geldtheorie Gesells verlauten zu lassen, solange er im Hause tätig sei. Diese sei richtig, doch „was wollen wir Banken mit einem Geld, mit dem wir die Wirtschaft nicht beherrschen können?“ So wird auch heute noch nach der Devise vorgegangen: „Man muß das Richtige kennen, um im Falschen richtig disponieren zu können“. (Hans Arnold zu Wilhelm Radecke)

SG - Redaktion

Wer Ohren hatte, zwischen den Worten zu hören, der konnte an diesem Jahresende so manches vernehmen. Das große Problem ist die Arbeitslosigkeit. Doch es ist ein Folgeproblem. Die Vorschläge zu seiner Behebung liegen zwischen so Extremen wie Arbeitsbeschaffungsprogrammen durch die öffentliche Hand und Verteilung der vorhandenen Arbeit; letztes sogar unter Einkommenseinbußen. Das alles führt zu nichts. Der Umstand, daß unsere arbeitsteilige Wirtschaft ohne das Tauschmittel Geld nicht möglich ist, läßt uns fast ausnahmslos glauben, daß wir für Geld arbeiten. In Wirklichkeit arbeiten wir für die Dinge, die wir zum Leben brauchen und uns gegenseitig abtauschen, mit Hilfe des Tauschmittels Geld, das wie ein Nebelschleier über den Wirtschafts- oder Marktvorgängen liegt.

Jeder Markt braucht eine seiner Größe entsprechende Geldmenge. Dieser unwiderlegliche Satz beweist die Richtigkeit der Quantitätstheorie, die, wenn auch nur zur halben Wahrheit verkündet und dazu noch als Plagiat, dem gebürtigen Österreicher und jetzigen Amerikaner Milton Friedman den Nobelpreis eingebracht hat. Halbe Wahrheit deshalb, weil die Geldmenge keine statische, sondern eine dynamische Größe ist, deren Wirksamkeit sich aus dem Geldbestand und der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes zusammensetzt. Nun aber setzt Umlaufgeschwindigkeit zuerst einmal Umlaufsicherheit voraus, die nicht vorhanden ist. Mit dieser ebenfalls unwiderleglichen Tatsache steht es fest, daß wir überhaupt kein währungsfähiges Geld haben, d. h. ein Geld, das von der Notenbank in richtigem Verhältnis zum Wirtschaftsumfang gehalten werden kann. Erst mit einem solchen Geld würden wir stets ein zuverlässiges Tauschmittel haben, das erstens Nachfragestockungen bis zur Bedarfsdeckung - mehr ist nicht nötig - unmöglich macht, und zweitens den größtmöglichen Arbeitgeber aller kommenden Zeiten, nämlich den menschlichen Bedarf, nicht ausschalten kann.

Diese ebenso einfache und sichere Lösung wird verhindert, weil mit dem heutigen, nicht-umlaufsicheren Geld ein echtes arbeitsloses Einkommen erpreßt werden kann, das stets zu Lasten

des Arbeitseinkommens geht, weil der Zins nicht an dem Geld wächst wie der Apfel an dem Apfelbaum.

Das Recht auf Arbeit für den Menschen bleibt so lange eine Illusion, wie die Arbeitsdienstpflicht des Geldes nicht gesichert ist.

Die Arbeitslosigkeit ist ein Beweis für das Fortbestehen „kapitalistischer Züge“ in der Marktwirtschaft. Das schreibt der Vorsitzende des DGB, Vetter, in einem Artikel der „Welt der Arbeit“. (In der FAZ vom 3. 1. 77 zitiert)

Im gleichen Artikel weist Vetter die Vorwürfe zurück, der Deutsche Gewerkschaftsbund plädiere für die Abschaffung der sozialen Marktwirtschaft. Vielmehr hätten die Gewerkschaften nichts gegen ein freies Unternehmertum einzuwenden, soweit es der vom Grundgesetz auferlegten Sozialverpflichtung des Eigentums nachkäme und danach handle. Mehr denn je aber bedürfe die Wirtschaft neuer und wirksamerer Steuerungselemente. Herrn Vetter könnte man Wort für Wort zustimmen, wenn man seine Worte richtig auslegen dürfte. Die soziale Marktwirtschaft braucht schon deshalb von den Gewerkschaften nicht abgeschafft zu werden, weil sie gar nicht existiert. Ihr Verteilungsergebnis wird nämlich in sozialer Hinsicht durch unser zinserspressendes Verkehrsmittel Geld zu einer Farce gemacht. Wäre die Marktwirtschaft sozial, brauchte es keine Tarifverhandlungen zu geben, die zur Richtigstellung immer wieder notwendig sind. Das muß man einsehen. Das von Herrn Vetter geforderte neue und bessere Steuerungsmittel, das ja die Angriffe auf die grundsätzlich richtige Marktwirtschaft beenden soll, wäre das am Beginn dieser Notizen geforderte währungsfähige Geld. Eine Wahrheit, über die Herr Vetter sich leider nicht klar ist. Für ihn bleiben die Unternehmer die Schuldigen, bis diese Herren sich endlich bequemen, den Augiasstall des Geldwesens zu reinigen.

Wie wichtig die Förderung nach niedrigen Zinsen zur Behebung der Arbeitslosigkeit ist, zeigt die folgende Meldung über den Baumarkt. Die weiter gesunkenen Hypothekenzinsen reizen besonders die Eigenheim-Bauherren. Wie der Verband der privaten Hypothekenbanken am Montag in Bonn mitgeteilt hat, hätten die Mitgliedsinstitute im November knapp 25 Prozent mehr Wohnungsbaukredite zusagen können als im November 1975.

Unter der Überschrift „Franken-Abwertung gefordert“ brachte die FAZ vom 3. 1. 77 folgende Meldung: „Neue pessimistische Prognosen über den Konjunkturverlauf in der Schweiz haben die schweizerische Exportindustrie nervös gemacht. Sie fühlt sich ohnehin als Opfer des Floatens und als besonders 'rezessionsgeschädigt', da auch im abgelaufenen Jahr wegen der anhaltenden Franken-Aufwertung noch keine wesentliche Gewinnbesserung in den Betrieben eingetreten ist. Es hat Pleiten und Notfusionen in den besonders empfindlichen Exportbranchen gegeben.

Der Basler Professor Rene Erbe fordert eine völlige Kehrtwendung der Devisenpolitik. Der Franken sollte um 15 Prozent auf 2,80 Franken, gleich ein Dollar, abgewertet und dann auf neuem Niveau von der Nationalbank uneingeschränkt verteidigt werden.“

Der Schweizer Professor, wie kann es bei einem Professor der alten Schule anders sein, liegt falsch. Auf- oder Abwertung einer Währung kann niemals einseitig vorgenommen werden, wenn sie richtig sein soll. Ein Wechselkurs drückt stets das Kaufkraftverhältnis zweier Währungen aus, besser gesagt, zweier Valuten.

Vergleicht man die Manipulation der Währungen mit den Grundsätzen der Ordnungsmäßig-

keit kaufmännischer Buchführung, so stehen einem die Haare zu Berge. Aus Rom meldet die FAZ: „Die am Jahresende von der Regierung beschlossene Neubewertung des italienischen Goldschatzes von 2575 Tonnen erhöht dessen Buchwert um rund das Vierfache. Der jetzt entstandene Buchgewinn wird zur Rückzahlung einer alten Schuld des Schatzamtes und zur Bildung von zwei Fonds verwendet, die dem Ausgleich von Verlusten bei Devisenoperationen und der Anpassung an den freien Goldpreis dienen.“

Das ist auf jeden Fall ein toller Schluck aus der Pulle und damit ein kräftiger Anstoß zu steigenden Preisen. Wir können uns damit beruhigen, daß die 14 Mrd. DM Goldbestand der Bundesbank, die mit 42,22 Dollar pro Unze bewertet sind, heute eine stille Reserve von rd. 30 Mrd. DM enthalten.

Für die Bundesbank entstand 1976 ein Aufwertungsverlust von 7,5 Mrd. DM, aufgrund des für die Währungsreserven entscheidenden Dollar-Jahresabschlußkurses. Die Börsenzeitung stellt in einem mehrseitigen Artikel fest, daß die Bundesbank 1976 keine Goldmedaille für ihre Geldpolitik verdient hat, und das Handelsblatt weist noch einmal auf die 6 Mrd. DM hin, die die Bundesbank an ihren Dollarstützungskäufen verloren hat. 1975 brachten diese Stützungskäufe einen Gewinn von 5,5 Mrd. DM. Nennen wir doch das Kind beim Namen: es handelt sich um Spekulationsgewinne und -Verluste. Sie unterscheiden sich von Herstatt-Spekulationen nur in der „Begründung“ nicht aber in der Sache. Das Traurige daran ist, daß Stützungskäufe völlig überflüssig sind, weil der Kurs, diesmal der des Dollars, sich immer wieder auf die Innere Kaufkraft einspielen muß. Diese innere Kaufkraft ist die eherne Kette, die den Wechselkurs hält. Sie hängt allein von der nationalen Währungspolitik ab. Deren Fehler kosten höchst überflüssigerweise unser Geld „dank der verständnisvollen Zusammenarbeit“ der Herren Burns, Klasen, Apel und Pöhl. Da ist es nicht schwer, der Bundesbank auch für 1977 keine Goldmedaille in Aussicht zu stellen.

Neuordnung des Bankwesens

Von Tristan Abromeit

Unter der Schlagzeile „Gewerkschaften gegen Banken Verstaatlichung“ berichtet die Deutsche Sparkassenzeitung in der Ausgabe vom 18. 2. 77 über das 12. Kammingespräch des Instituts für das Spar- und Kreditwesen. Aus dem Referat von D. B. Simmert vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB ging hervor, „daß für die Gewerkschaften die gegenwärtigen Probleme in der Kreditwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland in einem nicht kontrollierbaren Machtpotential der Banken liegen.“

Aus der Sicht marxistischer Systemkritiker wird der Bankenapparat als eine Stütze des Kapitalismus gekennzeichnet und als Problemlöser die Verstaatlichung gefordert. Im liberalen Lager wird immer häufiger die Frage gestellt, ob unser Bankensystem zu einem Störfaktor der Marktwirtschaft wird.

Es geht u.a. um das Depotstimmrecht, die Beteiligungen an Nichtbanken, die Verflechtungen über Aufsichtsratsmandate und um die gewichtige Frage, ob der Bankenapparat (ausschließlich Bundesbank) Geld und Kredit schöpfen kann oder nicht. Mit anderen Worten: ob die Banken eine Ursache für Inflation und Krise sind.

Eine Sonderrolle in der Bankendiskussion spielen die öffentlich- rechtlich organisierten Landesbanken und Sparkassen.

Dieses Thema kann man am besten mit einer Schlagzeile aus dem Wirtschaftsmagazin „Capital“ (März 77, S. 26) charakterisieren. „Die Verluste der Norddeutschen Landesbank - Niedersachsens Steuerzahler müssen die verlustreichen Finanzaffären der Nord-LB ausbaden.“ Bereits die Verluste der Hessischen Landesbank haben innerhalb der F.D. P. eine Diskussion um die Neuordnung der Landesbanken und Sparkassen ausgelöst. In einer Situation der angespannten öffentlichen Haushalte und sicher auch angeregt durch die Privatisierungsdiskussion entstand der Gedanke der privaten Kapitalbeteiligung an Sparkassen und Landesbanken.

Daneben wird auch gefragt, ob der öffentlich-rechtliche Charakter dieser Institute es nicht geboten erscheinen lasse, die Geschäftstätigkeit der Sparkassen und Landesbanken auf ihren ursprünglichen Tätigkeitskatalog zurückzuführen.

Folgendes ist zu bedenken:

1. Auch wenn sich die Sparkassen und Landesbanken nur mit Hilfe der Kommunen und aufgrund staatlicher Privilegien zu Universalbanken mit beachtlichem Geschäftsvolumen entwickeln konnten, so bringt es niemand einen Nutzen, das Sparkassenverbundsystem im Umfang und in der Art der Geschäftstätigkeit zu stützen.
2. Die Demokratie ist bereits jetzt durch die teilweise Aufhebung der Gewaltenteilung, der Verwischung der Grenzen zwischen privater und staatlicher Aktivität und durch die immer undurchschaubarer werdenden Institutionen bedroht.
3. Eine Vermischung von öffentlichem mit privatem Recht kann diese Verfallerscheinung nur verstärken und beschleunigen.
4. Ordnungspolitisch gesehen gibt es - wenn die Marktwirtschaft als Kooperations- und Koordinationstechnik im Bereich der wirtschaftlichen Aktivitäten der Bürger gelten soll - keine stichhaltige Begründung für die öffentlich-rechtliche Trägerschaft der Sparkassen und Landesbanken, auch nicht wenn die Möglichkeit privatrechtlicher Beteiligung geschaffen wird.
5. Wenn ein chancengleicher Wettbewerb unter den Kreditinstituten veranstaltet werden soll, dann muß sich staatliche Aktivität in diesem Bereich auf die Schaffung von Rahmenbedingungen und auf die Mißbrauchskontrolle beschränken. Keine der verschiedenen Arten der Kreditinstitute darf dann durch Haftungsübernahme, Steuerprivilegien und Bevorzugung durch die Finanzministerien und Stadtkämmereien begünstigt werden.

Die Versuchung, mit den öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten Parteipolitik und Politik unter der Umgehung der Parlamente zu machen, ist groß.

1. Beispiel:

Bei einer Kommunalwahl erreicht keine der drei erfolgreichen Parteien die Mehrheit um alleine den Bürgermeister wählen zu können. Die Partei A sagt zu der kleineren Partei C: „Wir haben bisher gut zusammengearbeitet, wählt unseren Bürgermeisterkandidaten. Wir gestehen Euch dann folgendes zu: ...“

Die Partei B sagt zu der Partei C: „Was die von der Partei A Euch bieten, das erhaltet Dir auch von uns. Da wir aber die Mehrheit im Kreistag haben, können wir Euch auch noch einen - wohlgerneht - einträgliehen Verwaltungs- bzw. Aufsichtsratsstiz in der Kreissparkasse anbieten, außerdem noch einen Stiz im AR der Stadtwerke.“

2. Beispiel:

In den vergangenen Tagen wurde die Nachricht verbreitet, daß ein ehemaliger Ministerpräsident von einem Staatsanwalt der passiven Bestechung beschuldigt wird. Er habe in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender einer Landesbank für seine Partei zinslose Darlehn erhalten.

3. erfundenes Beispiel:

Ein Mitglied einer Landesregierung, das Aufsichtsratsmitglied in der betreffenden Landesbank ist, kommt in der eigenen Fraktion und im Parlament mit einem Subventionsprogramm für seinen Wahlkreis, für einen Wirtschaftszweig oder für einen Konzern, dem er verpflichtet ist, nicht durch. Er benutzt jetzt sein AR-Mandat dazu, um die Landesbank zu veranlassen, eben diese Gruppe von Unternehmen oder diesen Konzern bei der Einräumung der Konditionen oder bei der Sicherheitenstellung für gewünschte Darlehn zu begünstigen. Selbstverständlich wird eine wirtschaftspolitische Begründung mitgeliefert.

Wenn dieses Thema diskutiert wird, so sollte es gründlich geschehen. Die ordnungs- und gesellschaftspolitischen Aspekte sollten voll ausgelotet werden, auch wenn die daraus resultierenden Forderungen sich politisch noch nicht verkaufen lassen.

Die Umwandlung der Sparkassen und Landesbanken als Körperschaften des öffentlichen Rechts in Aktiengesellschaften oder eingetragene Genossenschaften und der Verkauf der Gesellschaftsanteile an Privatpersonen wäre:

1. ein Beitrag zur Entschuldung der Kommunen und der Länder, die den Gestaltungsspielraum der Parlamente wieder vergrößern würde;
2. ein Beitrag zur Auflösung des gigantischen Konzerns „Staat“ (Bezeichnung wurde von Charles Reich geprägt), der heute die Gesellschaft und seine Individuen erdrückt und den Begriff „freie Gesellschaft“ zur Phrase gemacht hat.
3. eine Möglichkeit, einen Beitrag für eine erfolgreichere Gesellschaftspolitik zu leisten.

Dies soll in wenigen Sätzen erläutert werden.

Die Mitbestimmung in der praktizierten Form enthebt nur die gewählten Vertreter der Arbeitnehmer geringfügig der Fremdbestimmung, für die große Mehrzahl der Arbeitnehmer ist die Mitbestimmung heute eine hohle Nuß. Durch den Erwerb von Gesellschafteranteilen hätten die Arbeitnehmer der Sparkassen und Landesbanken eine qualitativ bessere Mitbestimmungsmöglichkeit. Sie würden gleichzeitig mehr ihrer Berufsbezeichnung „Bankkaufmann“ gerecht. Die noch anzutreffende Bankbeamtenmentalität würde schneller abgebaut. Mitgliedern des sogenannten Mittelstandes, die Gesellschafteranteile erwerben, erhielten die Möglichkeit, die oft

schicksalsbestimmenden Kreditentscheidungen zu kontrollieren. Arbeitnehmer außerhalb der Sparkassen hätten eine sinnvolle Anlagemöglichkeit für die freien Spargelder, die durch das Vermögensbildungsgesetz gefördert wurden. Um von vornherein der weiteren Konzentration im Kreditgewerbe einen Riegel vorzuschieben, dem Regionalprinzip gerecht zu werden und die persönliche Bindung an die Sparkasse zu begünstigen, ist die Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft (eG) der Aktiengesellschaft (AG) vorzuziehen.

Für die Landesbanken spricht wohl mehr die Rechtsform der AG, deren Aktien von den genossenschaftlichen Sparkassen und den Arbeitnehmern der Landesbanken gezeichnet würden. Der Sparkassenverbund und die Firmierung könnte beibehalten werden. Das Konkurrenzverhältnis zwischen den gewerblichen und ländlichen Genossenschaften einerseits und den Sparkassen andererseits bliebe bestehen.

„Man muß sich einmal klarmachen...

welch tiefes menschliches Ereignis es ist, sich von fest verwurzelten Überzeugungen zu lösen und jenes geistige und existenzielle Opfer zu bringen, das den Blick für eine neue Betrachtungsweise freimacht. Dies hat sehr wenig mit objektivierender Wissenschaft zu tun, sehr viel hingegen mit der ureigensten Fähigkeit des Menschen zur Transzendenz, zur Verwandlung der eigenen Existenz, zum Hinauswachsen über bestehende Lebensformen.

Dieser Akt der Verwandlung ist seinem innersten Wesen nach mindestens ebenso dem Bereich des Religiösen und Künstlerischen verwandt, wie er zum Erkenntnisfortschritt der Wissenschaft gehört. Es ist ein Akt der Kreativität, der schöpferischen Erneuerung des Lebens. Bemerkenswerterweise sind solche kreativen Neuschöpfungen nicht etwa allein das Ergebnis logischen Denkens, sondern sie ergeben sich gerade umgekehrt aus dem Versagen des Verstandes vor der Aufgabe, die Wirklichkeit zu erfassen.“

(Aus Hans-Georg Schneider: „Wissenschaftliche Revolution“,
in „Psychologie heute“, Heft 3 / März 1977, S. 65)

„Reformen...

da sie verändern wollen, haben nicht nur das Trägheitsmoment im Bestehenden und eingewurzelte Interessen gegen sich, sondern sie tragen notwendig und zu Recht die Beweislast ihrer selbst. Darum müssen Reformer früher aufstehen, sie müssen härter und genauer arbeiten als die Hüter des Status quo. Ist man dazu nicht willens oder nicht fähig, so jammere man nicht, sondern schere sich beizeiten zum Teufel, statt den Böswilligen Vorwände zu liefern und am Ende gar die Gutwilligen in die Resignation zu treiben.“

(Aus "Reform als politisches Prinzip"
von Christian Graf von Krockow,
Serie Piper Nr. 136, München 1976, S. 76)

„Reform als politisches Prinzip...

wird den gestellten Forderungen nur genügen, wenn es nicht in den Grenzen der Gegenwart als bloßes Reagieren und als opportunistische Anpassung sich einschließen läßt, sondern wenn es diese Grenzen in der Vorausschau auf das Kommende überschreitet.“

(Aus „Reform als politisches Prinzip“ von Christian Graf von Krockow, Serie Piper Nr. 136, München 1976, S. 144)

Mit Eintrittsgeld in den Wald ?

„Beim Betreten des Waldes ein Eintrittsgeld zu verlangen, widerspreche den Grundsätzen der Waldbesitzer; sie müßten aber einen finanziellen Ausgleich der Leistungen verlangen, die sie für die Gemeinschaft erbrächten. Das hat der Präsident des Deutschen Forstwirtschaftsrates, Prof. Gerhard Speidel, in einem Gespräch mit Journalisten in Hannover erklärt.“ (Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 15. 6.76)

SG-KOMMENTAR: Wenn das Bundeswaldgesetz die Waldbesitzer verpflichtet, die Wälder für Erholungszwecke offenzuhalten, und wenn wir bedenken, daß bei dem geltenden Bodenrecht die Bodenrente dem jeweiligen Eigentümer zugute kommt, so ist diese Forderung berechtigt. Da das geltende Bodenrecht aber eine der Ursachen der Ausbeutung und der Vermögenskonzentration ist und zudem konsequente Wettbewerbswirtschaft nicht ermöglicht, können wir diesen Weg nicht gutheißen.

Bei der von uns geforderten Bodenrechtsreform, bei der die Bodenrente der Allgemeinheit zugute kommt, der Boden jedoch privatrechtlich genutzt wird, verringert ein von der Öffentlichkeit stark frequentierter Wald die abzuführende Grundrente. Der Waldbesitzer kalkuliert dann nämlich beim Angebot der Pacht die Kosten mit ein, die im durch öffentliche Nutzung des Waldes ertragsmindernd entstehen. Damit nun nicht zwischen dem öffentlich-rechtlichen Bodenfonds und dem privatrechtlichen Waldnutzer ein endloser Streit darüber entstehen kann, welche Kosten denn tatsächlich durch die Nutzung des Waldes durch Spaziergänger entstehen, ist es wichtig, daß die Verpachtung des Waldes im Wettbewerbsverfahren erfolgt.

Tristan Abromeit

Das „Wunder von Wörgl“

Östlich von Innsbruck, wo die Bahnlinien nach München und Wien sich trennen, liegt die Stadt Wörgl, die im August 1976 ihr 25jähriges Jubiläum als Stadt feierte. Krönung der Feierlichkeiten war am 28. August 1976 die Einweihung eines Denkmals für den früheren Bürgermeister Michael Unterguggenberger, der durch die Einführung des sogenannten Freigeldes im Krisenjahr 1932 die Welt aufhorchen ließ. Die „Wörgler Bundschau“ vom 1. September 1976 bringt den Wortlaut der Gedenkansprache des derzeitigen Bürgermeisters Herbert Strobi, die wir nachfolgend auszugsweise wiedergeben.

„Im Weltwirtschaftskrisenjahr 1932 setzte Bürgermeister Unterguggenberger eine Tat, die die

Welt aufhorchen ließ. Bürgermeister Michael Unterguggenberger versuchte durch die Ausgabe von beständigen Arbeitswertscheinen, des sogenannten „Schwundgeldes“, nach der Theorie Silvio Gesells, der ausweglosen Finanzlage der Gemeinde und der ständig steigenden Arbeitslosenzahl Herr zu werden.

Die getroffenen Massnahmen beruhten auf der Überlegung, dass der langsame Geldumlauf die Hauptursache der Wirtschaftslähmung ist und jede Geldstauung eine Warenstauung und die Arbeitslosigkeit bewirke. Bürgermeister Unterguggenberger wusste, dass das Geld das Blut des Wirtschaftskörpers ist und dass dieses Blut gleichmässig und stetig durch die Wirtschaft fließen muss. Um nun den steten Umlauf des Geldes zu sichern und zu beschleunigen, wurden Arbeitsbestätigungsscheine herausgegeben, deren Inhaber monatlich 1% des Wertes als Notopfer in Form einer Klebe-Marke zu entrichten hatten. Das genügte, um die Scheine schnell von Hand zu Hand wandern zu lassen. Das Geld rollte!

Ausserdem wurde auch eine Rücklaufsteuer eingehoben. Wer Arbeitscheine nicht zur Zahlung im Orte verwendete und diese gegen Noten der offiziellen Währung umtauschte, musste 2% des Nennwertes von jeder Note als „Arbeitsbeschaffungsbeitrag“ zurücklassen. Schon bald nach der Einführung dieses Geldes zeichnete sich ein Erfolg ab, der ständig zunahm und grosses Aufsehen erregte.

Viele andere Gemeinden beschlossenen, dem Wörgler Beispiel zu folgen, und zahlreiche österreichische und deutsche Städte und Gemeinden schickten Vertreter nach Wörgl, die an Ort und Stelle den Verlauf der Aktion und die Ursachen zu dem „Wunder von Wörgl“, wie man seinerzeit sprach, studieren wollten.

Auch die amerikanische Presse und der Rundfunk beschäftigten sich mit der Wörgler Aktion. In Wörgl selbst wurden mit diesem Schwundgeld verschiedene Bauvorhaben realisiert, u.a. wurde die Wildschönauer Strassenbrücke über den Wörgler Bach gebaut, die heute noch den Hinweis trägt: 'Erbaut mit Freigeld im Jahr 1933 von der Gemeinde Wörgl'.

Die Arbeitslosigkeit ging zurück, eine örtliche Käufkraftverstärkung setzte ein und die Gemeindesteuern, ja selbst die Rückstände, wurden bezahlt. Das örtliche Wirtschaftsleben schien zu gesunden. Leider wurde die Wörgler Aktion bereits anfangs des Jahres 1933 von der Regierung mit der Begründung eingestellt, dass eine Verletzung des Banknotenprivilegs der Nationalbank vorläge.

Der Nachfolgebürgermeister, Landtagsabgeordneter Martin Hehler, schrieb im Jahre 1936 in seinem Nachruf für Michael Unterguggenberger:

'Unvergängliche Erinnerungen und ein nicht geringes Verdienst um Wörgl hat sich Unterguggenberger als Freiwirtschaftlicher erworben mit dem Versuch, durch Einführung des Schwundgeldes die finanzielle Notlage der Gemeinde zu bannen. ...'

U.a. führt er auch aus: 'Nicht nur in Europa, sondern auf dem ganzen Erdball richteten sich die Blicke auf die kleine und mutige Gemeinde, die damit aus eigenem heraus ihren Haushalt in Ordnung zu bringen sich bemühte'.

In der Broschüre 'Freiheit und soziale Gerechtigkeit', herausgegeben im März 1976 vom Verlag Neues Leben wird zum Ende der Wörgler Aktion und deren Bedeutung angeführt: 'Zuerst unternahm die Regierung nichts gegen dieses Experiment, weil sie glaubte, eine solche Utopie würde sich in der Praxis von selbst totlaufen. Als aber nach Jahresfrist rund 150 Bürgermeister in Österreich, von dem grossen Erfolg In Wörgl stark beeindruckt, beschlossen das

'Wörgler Geld' in ihren Gemeinden ebenfalls einzuführen, schritt die Regierung ein. Sie kapitulierte vor der internationalen Hochfinanz, die in diesem Wörgler Beispiel eine grosse Gefahr für sich witterte. Wäre die Regierung damals nicht vor den mächtigen Finanzkreisen zurückgewichen, hätte sie fünf Jahre später auch nicht vor Hitler kapitulieren müssen'.

Viel wurde über das 'Experiment von Wörgl' oder über 'Das Wörgler Beispiel' wie die Bezeichnungen lauteten, geschrieben, und selbst heute noch, 40 Jahre nach dem leider allzu früh verstorbenen Bürgermeister Unterguggenberger langen immer wieder Anfragen und Zuschriften, die 'Wörgler Aktion' betreffend, aus den verschiedensten Ländern der Welt beim Stadtamt Wörgl ein. Der Name Unterguggenberger und die Tat dieses Bürgermeisters ist nicht in Vergessenheit geraten.' “

SLA4

Ekkehard Lindner (Hrsg.)

Einsam geblieben bei der Wahrhaftigkeit

34 Seiten, geh., DM 5,-, ISBN 3-87998-507-3

In dieser Gedenkschrift zum Tode des Wirtschaftspublizisten Karl Walker äussern sich Mitstreiter zu seinem umfangreichen Lebenswerk. Der Privatgelehrte Karl Walker ist insbesondere durch seine Publikationen zu Währungsfragen hervorgetreten und hat es verdient, in die Reihe der führenden Monetaristen eingereiht zu werden. Beiträge von Abromeit, Prof. Binn, Doerner, Hoffmann, Jannssen, Lindner, Prof. Linhardt, Walker und Weitkamp.

SLA5

Dr. Hans Doemer

Gütezeichen Demokratie

Eine gesellschaftspolitische Betrachtung.

18 Seiten, geh., DM 3.-. ISBN 3-87998-508-1 / Zur Erhaltung der Demokratie, die er durch interessnpolitisches Denken gefährdet sieht, fordert der Verfasser eine Orientierung an ordnungspotitischen Zielsetzungen, damit das gesamtgesellschaftliche Interesse wieder stärker in den Vordergrund rückt. Als Voraussetzung für eine solche Ordnungspolitik, die dem Gesamtinteresse dient, ist eine gerechte Wirtschaftsordnung unabdingbar, die jedem Bürger gleiche Chancen einräumt. Daneben sieht er eine große pädagogische Aufgabe in der Erziehung der Bürger zu selbständig denkenden Menschen, da es bisher versäumt wurde, das Untertanendenken aus autoritären Zeiten zu überwinden. Gesellschaftliche Ziele müßten realitätsbezogen sein und Stufe für Stufe angegangen werden, womit sich der Verfasser zum Prinzip der gesellschaftspolitischen Evolution bekennt.

SLA3

Dr. Bernhard Hamelbeck

Neues Bodenrecht

Zugang zum Boden für alle. / 8 Seiten, geh. DM 1,-, ISBN 3-87998-506-5

zu beziehen über die Sozialwissenschaftliche Gesellschaft oder den Chr. Gauke Verlag

Eine Stimme aus dem vorigen Jahrhundert

Der Wirtschaftswissenschaftler Hermann Heinrich Gossen fordert, um eine wirkliche freie auf persönlichem Eigentum beruhende Wirtschaftsordnung zu sichern, eine radikale Bodenreform im Sinne einer völligen Verstaatlichung des Grund und Bodens. Es kommt ihm darauf an, die günstigste geographische Verteilung der landwirtschaftlichen und industriellen Betriebe zu ermöglichen. Alle Betriebe sollten den von ihnen als Standort oder als Anbaufläche benötigten Boden vom Staat pachten und sich nach ihrer Fähigkeit, Rente zu zahlen, im Raume streuen. Mit Hilfe dieser von Jahr zu Jahr wachsenden Renteneinnahmen des Staates könnten die Entschädigungen an die früheren Grundeigentümer im Laufe der Zeit getilgt werden.

Außerdem befürwortet Gossen kreditpolitische Maßnahmen, die jedem schöpferischen Menschen die Möglichkeit geben, ein Unternehmen ins Leben zu rufen.

(Zum Teil wörtlich zitiert aus: Prof. Dr. Siegfried Wendt „Geschichte der Volkswirtschaftslehre“, Sammlung Göschen Band 1194, S. 107 ff)

SG-KOMMENTAR: Das ist eine Stimme aus dem vorigen Jahrhundert. Gossen lebte von 1810 - 1858. Im Prinzip haben wir seinem Vorschlag nichts hinzuzufügen.

Tristan Abromeit

Die SG-Kommentare erscheinen vierteljährlich im März, Juni, Sept. und Dezember. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet. Belegexemplar wird erbeten.

Herausgeber: Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e.V., ~~Postfach 3, 4650 Gelsenkirchen-Horst. Telefon 0209-57264. Postscheckkonto Hamburg 1044 00-203.~~

Redaktion: Ekkehard Lindner. Für den Inhalt der Beiträge sind die Autoren selbst verantwortlich. Verlag: Chr. Gauke Verlag, ~~Postfach 1225, 3510 Hann. Münden I.~~

Anmerkung vom April 2004: Die SG-Kommentare wurden von Karl Walker gestartet, von Ekkehard Lindner weitergeführt und irgendwann eingestellt, weil sie - wie so viele Dinge - als Feierabendprodukt keine dauerhafte Basis hatten. Die Aktuelle Anschrift der SG findet man über die Nutzung des entsprechenden Links.

e v o l u t i o n

Nr. 15 / 7. Jahrgang Dezember 1977

Mitteilungen aus Politik und Wirtschaft

Organ der Liberalsozialistischen Partei und der Freiwirtschaftlichen Bewegung der Schweiz

Gibt es einen liberalen Sozialismus?

WSZ. Franz Oppenheimer definierte den Sozialismus folgendermassen:

«Sozialismus ist der Glaube an und das Streben nach einer von allem arbeitslosen Einkommen erlösten, darum klassenlosen und darum brüderlich gesinten Gesellschaft von freien und Gleichen.»

Gleichheit verstanden im Sinne von Gleichberechtigung. Das Schweizer Lexikon definiert den Liberalismus folgendermassen:

«Er wird von der Ueberzeugung getragen, dass die freie Konkurrenz die beste Gewähr für gerechte Ordnung in einer hochentwickelten, arbeitsteiligen Wirtschaft, für die höchstmögliche Entwicklung der Produktivkräfte und für die Bändigung des Eigennutzes im Interesse der Gesamtheit biete.»

Vergleicht man die beiden Definitionen, so erkennt man unschwer, dass sie beide das gleiche Ziel im Auge haben; eine gerechte Ordnung, insbesondere auch eine gerechte Verteilung des Produktionsertrages. Sobald wir den Begriffen klare Definition zugrunde legen, ergibt sich eine verblüffende Uebereinstimmung der Zielvorstellungen. Es zeigt sich, dass man beiden Definitionen gleichzeitig zustimmen kann, dass man Liberaler und Sozialist sein kann. Richtig verstandener Sozialismus und richtig verstandener Liberalismus sind miteinander identisch.

Wer von uns kann der Definition des grossen Nationalökonomen Oppenheimer zustimmen? Indem wir das tun, sind wir Sozialisten. Genau gleich ist es mit dem Liberalismus. Indem wir der oben erwähnten Definition zustimmen, sind wir Liberale. Wir sind Liberalsozialisten.

Aber warum liegen sich denn Sozialisten und Liberale immer wieder in den Haaren? Die Antwort ist sehr einfach: weil sie den Sozialismus mit dem Marxismus verwechseln und den Liberalismus mit dem Kapitalismus. Was der Marxismus erstrebt, ist nicht Sozialismus, sondern ein - wie die Praxis lehrt - falscher Weg zum Sozialismus. Ebenso führt der heute betriebene Liberalismus nicht zum echten Liberalismus, sondern zum Kapitalismus.

«Sozialismus und Liberalismus sind eben nicht Feuer und Wasser, sondern in ihrem ursprünglichen Bemühen um den Menschen durchaus vereinbar», schrieb der Generalsekretär der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz, Karl Hermann Flach (Zitiert nach Jürg Tobler, «Freisinn ohne Gemeininn? »). +).

Die Frage, ob es einen liberalen Sozialismus gebe, ist also rückhaltlos zu bejahen. Ja, wir dürfen feststellen, dass es dieser liberale Sozialismus ist, der die Welt vor dem Untergang im

marxistisch-kapitalistischen Durcheinander retten kann. Wer sich zum Liberalsozialismus bekennt, bekennt sich zu einer Gesellschaftsordnung der Freiheit und Gerechtigkeit.

+)
Anmerkung von T.A.: Karl Hermann Flach war Generalsekretär der FDP in der BRD.

Anmerkung vom April 2004: Die Nachfolgezeitschrift der „evolution“ heißt

(r)evolution

und wird von den drei INWO-Gruppen in Österreich, der Schweiz und Deutschland herausgegeben. Weitere Informationen unter den Links. T.A.
